



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK (KW01/23-04/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Januar 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

MOXA: ERSTER AFD-BÜRGERMEISTER GEWÄHLT!

Herzlichen Glückwunsch an Johannes Linke!



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 04/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 4/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN

DEUTSCHE PANZER GEGEN RUSSLAND?

Kriegstreiberei stoppen!

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD

24. Januar 22

Deutsche Panzer gegen Russland? Kriegstreiberei stoppen!

Rollen bald wieder deutsche Panzer gegen Russland?

Laut mehreren Medienberichten soll Kanzler Scholz der Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine zugestimmt haben.

Kaum vorstellbar, dass einige darüber jubeln, dass deutsche Panzer wieder rollen: Die Bundesregierung muss sich für eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch einsetzen und darf Deutschland nicht noch weiter in diesen Krieg hineinziehen!

Bleibt in diesem Fall nur zu hoffen, dass sich die Medienberichte nicht bestätigen werden - oder Olaf Scholz sich an seine Zusage morgen nicht mehr erinnern kann...





25. Januar 22

So leicht kommen Sie nicht davon, Herr Kretschmann!

„Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg) räumt in einem Interview mit der Schwäbischen Zeitung zu seinen Entscheidungen während der Corona-Pandemie ein, „Ich habe zum Beispiel die Folgen der Schulschließungen auf Kinder unterschätzt. Das würde ich mit dem Wissen von heute wohl nicht mehr so entscheiden.“

Dass er seinerzeit von vielen Stimmen aus Wissenschaft und Politik, hier in erster Linie von der AfD, und von zahllosen Bürgern rechtzeitig gewarnt worden ist, davon will er heute nichts mehr wissen, stattdessen legt er nach, „diese Hinterher-Schlaumeierei, die habe ich gefressen“.

Nein, Herr Kretschmann, Sie sind vielfach VORHER gewarnt worden, dass die Pandemiemaßnahmen verheerende Folgen für die Kinder haben würden.

Nur wollten Sie diesen Stimmen nicht zuhören und haben es stattdessen vorgezogen die Warner und Mahner zu diffamieren. So leicht werden wir Sie und alle anderen für dieses verhängnisvollen Entscheidungen Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung entlassen.“

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung des Bundeskanzlers

- Scholz führte zunächst aus: „Wir sitzen im Warmen, und auch überall in Deutschland ist das der Fall...Wir haben die Wirtschaftskrise abgepiffen.“ [...] „das wurde geschafft durch milliardenschwere Entlastungs- und Unterstützungspakete“
- Er benannte weitere Ziele: Erste CO2-neutral wirtschaftende Volkswirtschaft der Welt, Unterstützung der Ukraine humanitär und mit schweren Waffen
- „USA liefert Schützenpanzer Bradley, wir den Marder“, weiterhin liefert Deutschland auch Panzerhaubitzen, Mehrfachraketenwerfer, den Panzer Gepard, moderne Luftabwehrsysteme und jetzt auch den Leopard2 usw...
- Interessant zu wissen: Die USA sichert sich alles über Leasingverträge mit der Ukraine ab, während Deutschland liefert wie bestellt - ohne Bezahlung.
- Letzteres dürfte der Grund sein, warum Verteidigungsminister Pistorius schon jetzt das Sondervermögen Bundeswehr aufstocken will:
- Die Ukraine wird aufmunitioniert zu Lasten des deutschen Steuerzahlers, die Aufrüstung der Bundeswehr kann warten.
- Passend dazu Außenministerin Annalena Baerbocks verheerende Aussage im Europarat am Dienstag: „Wir befinden uns im Krieg gegen Russland...“ Was diese Waffenlieferungen ja auch tatsächlich bestätigen.
- Petr Bystron, AfD, will wissen: „Lieber Herr Kanzler, Sie werden jetzt in die Geschichte eingehen als der Kanzler, der dieses Vermächtnis (von Willy Brandt und Helmut Schmidt) mit Füßen getreten hat. Was ist der Grund dafür, dass Sie das getan haben? Was ist der Grund dafür, dass Sie Ihr eigenes Wahlversprechen gebrochen haben? Was ist der Grund dafür, dass Sie jetzt gegen die Mehrheit der eigenen Bevölkerung handeln?“
- Antwort Scholz: „Schönen Dank für Ihre Frage. Ich will sie auch klar beantworten: Ja, es ist ein Bruch mit all den großen politischen Errungenschaften, für die gerade Willy Brandt und Helmut Schmidt stehen, dass Russland die Ukraine angegriffen hat.“
- Hatte er die Frage nicht verstanden?



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Fragestunde mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme von „Arbeit und Soziales“

- Frau Kramme saß sprichwörtlich auf dem heißen Stuhl, und das nicht nur, weil Sie durch Ihre unsortierten Antwortunterlagen teilweise komplett aus dem Gleis kam, sondern auch weil sie allen voran von Stephan Brandner und Prof. Michael Kaufmann, beide AfD, „gegrillt“ wurde.
- Die Gesamtsumme an Sozialleistungen für ukrainische Flüchtlinge im Jahr 2022 bezifferte sie mit einem niedrigen einstelligen Milliardenbetrag, während Stephan Brandner vorrechnete, dass von ca. 1,1 Mio. Ukrainern ca. 640.000 Sozialleistungen bezogen haben, und man bei einer Hochrechnung im Kopf schon leicht auf viele Milliarden im Jahr käme.
- Auch die Zahl und Höhe von Missbrauchsfällen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Die Frage nach einer Rückführung der Flüchtlinge nach Ende des Fluchtgrundes wurde mit der Zahl der nun schon sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von rund 120.000 Personen beantwortet.
- Bedeutet dies: Flüchtling soll automatisch Einwanderer sein?
- Im Widerspruch dazu kam die Antwort auf die Frage von Prof. Kaufmann, AfD: Er wollte wissen, ob „das Mantra: Durch die Zuwanderung kommen hauptsächlich Fachkräfte zu uns, aufrechterhalten wird, wenn doch keinerlei Bildungsnachweise bei Einwanderung abgefragt wird?“
- Die Antwort lehrte „dass Menschen, mit einem Fluchthintergrund in Deutschland nicht aufgenommen werden, um Arbeitskraft zu sein.“
- Man fragt sich, was sie denn dann sein sollen, wenn sie in Deutschland bleiben sollen? Frau Göring-Eckhardt hatte einst an anderer Stelle vor Jahren geäußert, dass sie froh wäre über Menschen, die zu uns kommen, die sich in unseren Sozialnetzen wohlfühlen.
- Prof. Kaufmann hakte bei Frau Kramme mit folgenden Zahlen nach: „Seit 2015 sind rund 11 Mio. neue Menschen zu uns gekommen (Quelle: Statista), wovon nur rund 2,9 Mio. in qualifizierteren Bereichen beschäftigt sind. Das bedeutet doch ein Scheitern der Fachkräfte-Anwerbsstrategie auf ganzer Linie.“
- Ihre Antwort: „Herr Kaufmann, ich kenne keine Zahl, dass seit 2015 11 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen sind.“

Auf Antrag der CDU: Aktuelle Stunde zum Thema „Leopard-Blockade der Bundesregierung stoppen“

- Die CDU unterstrich damit erneut ihr Kriegsgerassel, das Potenzial zur Eskalation hat.
- Zitat Tino Chrupalla, AfD-Vorsitzender: „Sie laufen sehenden Auges direkt ins offene Feuer, ich muss es so offen sagen, direkt in den dritten Weltkrieg.“

Diskussion: 25. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Jahr 2021 (20/5140)

- Annalena Baerbock, Außenministerin, beschwor wieder einmal internationale Solidarität und die vielen Fachkräfte, die wir dringend benötigen, Zitat: „Weil es um die Menschen geht, ob in der Ukraine, in Myanmar oder im Kongo...“
- Matthias Moosdorf, AfD, ging hingegen direkt auf den Bericht ein und betonte, dass es gefährlich ist, mit zweierlei Maß zu messen. Russische Musik und Literatur kämen als Feindpropaganda auf den Index, Restitutionsen seien hauptsächlich in Deutschland ein Thema, im Gegensatz zu europäischen Nachbarn mit langer Kolonialgeschichte.

Donnerstag

Der Donnerstag wurde mit einer Regierungserklärung von WiMi Robert Habeck zum Jahreswirtschaftsbericht 2023 der Bundesregierung (20/5380) eröffnet.

Diskussion zum Antrag der AfD Dr-Nr. 20/5363 „Neue Indikatoren des Jahreswirtschaftsberichtes“

- In diesem Antrag wird bemängelt, dass die Bundesregierung dem BIP 32 neue sozial- und umweltpolitische Indikatoren als Gradmesser des Wohlstands unseres Landes hinzugestellt hat. In Folge dessen würde die wirtschaftliche Situation unseres Landes und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung nicht mehr klar dargestellt.
- Beide Vorlagen wurden nach der Debatte an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.
- Der fraktionslose Robert Farle wusch dem „Wirtschaftszerstörungsminister“ (Zitat Karsten Hilse) ordentlich den Kopf: Deutschland hat „die höchste Steuer- und Abgabenlast, die höchsten Energiepreise, eine ständig ausufernde Bürokratie, eine marode Infrastruktur, den demografischen Niedergang und das gleichzeitige Absinken des Bildungsniveaus. Die deutsche Industrie verlässt das Land, am Standort Ludwigshafen droht 39.000 Angestellten von BASF der Rauswurf, Ford schließt in Saarlouis und das Ausland baut nicht nur Kohlekraftwerke, sondern auch Atomkraftwerke.“



Der CDU-Antrag 20/4887 drängt auf Abschluss des Freihandelsabkommens der EU mit den Mercosur-Staaten, die AfD hielt mit Antrag 20/5361 dagegen

- Die AfD begründet, dass dies nicht geschehen dürfe, solange es Freihandelsquoten für die ohnehin extrem wettbewerbsfähigen Produkte Rindfleisch, Zucker, Ethanol und Geflügel gäbe. Dies ginge zulasten der heimischen, oftmals kleinbäuerlichen Landwirtschaft und würde zudem die Abholzung von Regenwald in Südamerika vorantreiben.
- Der Wirtschaftsausschuss berät federführend.

Die Linke brachte mehrere Anträge zu verschiedenen Strafdelikten, z.B. auch zu Straffreiheit bei Schwarzfahren, ein

- Diese wurden an den Rechtsausschuss überwiesen.

Aktuelle Stunde: Debatte über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

- Eine Sternstunde der AfD: 100 Mio. an Parteienfinanzierung müssen zurückbezahlt werden, die sich die Parteien durch unzulässigen Gesetzeserlass in 2019 „erschleichen“ konnten.
- Die Normenkontrollklage wurde ursprünglich von der AfD initiiert, hatte jedoch im Bundestag keine Mehrheit bekommen, woraufhin die betroffenen Parteien gegen sich selbst klagten.
- AfD wirkt.

Debatte über den Bericht der Bundesregierung über die Programme zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand, sog. Fortschrittsbericht (20/4979),

- Im Fortschrittsbericht ging es hauptsächlich um das Förderprogramm ZIM, das höchst beliebte Förderprogramm für Forschung und Entwicklung im Mittelstand, das 2022 wegen mangelnder Mittel kurzfristig ausgesetzt wurde.

Mit Antrag Nr. 20/5350 forderte die CDU, CO₂-Abscheidung und Speicherung vorzunehmen.

- Der Fachbegriff CCS bezeichnet die Speicherung von Kohlendioxid im Untergrund, sei es an Land oder im Meeresuntergrund. CCU bezeichnet die Abscheidung, den Transport und die anschließende Nutzung von Kohlendioxid.
- Steffen Kotré, AfD: „Eine solche Technik, wenn sie denn zur Verfügung stünde und einen Preisvorteil bieten würde, wäre einem teuren Zertifikate Handel auf jeden Fall vorzuziehen.“
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie.

Antrag Die LINKE: „Die vergessenen queeren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ (20/5359)

- Die Debatte diente dem Einstieg zum am Freitag folgenden Gedenktag „Opfer des Nationalsozialismus“.
- Stephan Brandner, AfD: „In einer Zeit, in der Deutschland droht, zur Kriegspartei zu werden, in der die Inflation den Wohlstand auffrisst, in der die Bürger Angst vor Blackouts und Versorgungsengpässen haben, in der Klima- und Migrantenbanden die Innenstädte verwüsten und Menschen in Zügen abgestochen werden, erdreisten Sie sich, einen solchen Schaufensterantrag vorzustellen.“
- Der Antrag ging in den Rechtsausschuss.

Beratung zum AfD-Antrag 20/5362 „Der illegalen Einwanderung ein Ende setzen“

- Mit dem Antrag fordert die Fraktion die Schaffung von Asylzentren an sicheren Orten außerhalb von möglichen Kriegsgebieten durch die EU.
- Der Hintergrund der Attentate von Illerkirchberg und Ibbenbüren könnte nicht aktueller sein.
- Nach einer halben Stunde erfolgte Überweisung in den Ausschuss für Inneres und Heimat.

Freitag

Der Freitag begann mit der jährlichen Gedenkfeier zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, in welcher zum ersten Mal auch der queeren Opfer gedacht wurde.

Änderung des Bundeswahlgesetzes – Wahlrechtsreform,

- Die Koalition legte ihren, quasi komplett von der bereits in der letzten WP von der AfD ausgearbeiteten und von dieser abgepufferten Antrag 20/5370 vor
- Ebenfalls legte die CDU einen, und die LINKE gleich mehrere Anträge vor.



- Einig sind sich die Koalition und die AfD darin, dass die 299 Wahlkreise beibehalten werden, allerdings die Überhangmandate gestrichen werden (also diejenigen Direktmandate wegfallen, die nicht von den Zweitstimmen gedeckt sind) und dementsprechend auch die Ausgleichsmandate wegfallen. Zu kurz würden dann diejenigen Direktkandidaten der Parteien kommen mit den schlechtesten direkten Ergebnissen.
- Somit könnte dann die ursprünglich festgelegte Größe von 598 Parlamentariern wieder eingehalten werden.
- Großes Lob geht hierbei an den Abgeordneten Albrecht Glaser, AfD, der federführend schon in der WP19 in der Wahlrechtskommission mitgewirkt und die Reform „ausgeklügelt“ hatte.

Jürgen Braun, AfD forderte im Antrag 20/5368 die Einführung eines Tages gegen die Christenverfolgung

- Als Datum wird der 15. Februar vorgeschlagen. An diesem Tag hatte die Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Jahr 2015 ein Video von der Enthauptung von 15 koptischen Christen veröffentlicht. Diese waren vor der Wahl gestanden, entweder vom Christentum abzuschwören, oder grausam abgemetzelt zu werden. Und dies war kein Einzelfall.
- Zitat: „Was von den Obama- und Merkelregierungen beschönigend als Arabischer Frühling bezeichnet wurde, war nichts anderes als ein Siegeszug des Islamismus, der abertausende Menschenleben gekostet hat.“
- Der Ausschuss für Menschenrechte wird federführend beraten.

Antrag 20/5354 der CDU

- Dieser Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine Strategie für digitale Identitäten zu entwickeln, unter anderem soll es am 1. Jan. 2025 auch einen Rechtsanspruch der Bürger geben, sich digital bei Behörden identifizieren zu können.
- Der Ausschuss für Digitales berät.

MEHR AUS DEM BUNDESTAG



26. Januar 22

Große Worte-schwache Leistung: Scholz-Regierung versagt beim Wohnungsbau

Wie u.a. die Bild heute berichtete, hat Bauministerin Klara Geywitz eingeräumt, dass ihr für 2022 ausgegebenes Ziel, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu errichten, weit verfehlt wurde.

Bereits am 7. Juli 2022 hatte ich im Bundestag danach gefragt, ob man im Ministerium an diesem sehr ambitionierten Ziel festhalten will. Darauf wurde mir wortreich erklärt, was man alles tue, um das Ziel zu erreichen. Heute steht fest: alles nur heiße Luft. Dabei lagen zielführende Vorschläge im Parteiprogramm der Alternative für Deutschland längst vor: überzogene Bauvorschriften streichen - durch praxisferne

grüne Energiesparvorschriften verursachte Zusatzkosten reduzieren - Streichung der Grunderwerbssteuer für selbst genutzte Immobilien und vieles andere mehr. Würde diese Regierung gelegentlich denen zuhören, die Probleme vorausschauend erkennen und Lösungen anbieten, sähe vieles besser aus in unserem Land.

Wir als AfD Fraktion tun jedenfalls alles dafür, im Bundestag immer wieder die nötigen Denkanstöße zu geben.



Kaufmann aus Berlin



27. Januar 22

Wieder liegt eine ereignisreiche Woche hinter uns.

Während Scholz im Bundestag Verrenkungen macht, um zu beruhigen, dass schwere Kampfpanzer uns nicht zur Kriegspartei machen, erklärt seine Außenministerin in Straßburg mal so nebenbei Russland, den Krieg.

Um diesen und so manchen anderen Wahnsinn der uns leider beschäftigen muss, geht es im folgenden Video:

- Panzerlieferungen
- Baerbock Kriegserklärung ?
- Messermorde
- LNG Aufkauf Weltweit

Das Video können Sie unter folgendem Link abrufen:

<https://www.facebook.com/watch/?v=1292743711301452>

Kommende Woche bin ich wieder für Sie im Wahlkreis unterwegs .

WAHLKREIS-SCHLAGZEILEN DER WOCHE

- In Thüringen nehmen Geldautomatensprengungen immer weiter zu. Die Polizei vermutet Täter aus den Nachbarländern
- Soldaten der Bundeswehr unterliegen weiter der Impfpflicht
- Eisenbergs Flüchtlingsunterkunft: allein die Überwachung kostet 250.000 €
- Der Thüringer Arbeitsmarkt wird laut Prognose bis 2040 jede 4. Arbeitskraft altersbedingt verlieren
- Die „Letzte Generation“ plant in Thüringen lokale Protestaktionen, und sucht Mitstreiter in Ortsgruppen
- Kahlaer Pflegedienst wurde schon mehrfach attackiert
- Kampfpanzerlieferung: Deutschland nun doch Kriegspartei?
- Jedes 4. Kind in Thüringen von Armut bedroht
- Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei ist in der EU stark angestiegen

VERMISCHTES



26. 01. 22

Wenn die Kasse streikt, wenn der Strom ausfällt, wenn das Internet gestört ist - spätestens dann ist klar, dass Bargeld unverzichtbar ist.

Deshalb stellt sich die AfD allen Gedankenspielen zur Abschaffung des Bargeldes entgegen.

Denn Bargeld sichert Freiheit.





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 1-3/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in den Kalenderwochen 1-3 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

Wir feiern: Drei Jahre Bürgerbüro Saalfeld!



BRUDERGASSE 6
17 UHR - 20 UHR

Um Anmeldung wird gebeten:
Tel.: 03671 5 23 23 48
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



Wir feiern: Drei Jahre AfD-Bürgerbüro in Saalfeld.

Der Einsatz der AfD für Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaat hat einen Ort in Saalfeld. Das vor drei Jahren eröffnete Bürgerbüro in der Brudergasse 6 dient den Bürgern der Saalekreise als Anlaufpunkt zum Kontakt mit ihrem gewählten Vertreter des Wahlkreises 195. Gleichzeitig dient das Abgeordnetenbüro auch zur Vernetzung der Kommunal-, Landes-, und Bundespolitik. Sie sind herzlich eingeladen, mit uns zu feiern: Dafür bitte ich Sie um vorherige Anmeldung unter der unten angegebenen Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Ihr MdB Prof. Michael Kaufmann





19. Januar 22

Kriegstreiber stoppen - Friedensverhandlungen führen!

Kriegstreiber stoppen und Friedensverhandlungen führen!

Die CDU/CSU fordern in einem Antrag im Bundestag die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine (Drucksache 20/5219). Damit stellt sich die Merz-Truppe an die Seite der Grünen, die sich in der Ampel als Kriegspartei zu erkennen gegeben haben. Erst Helme, dann Munition, dann leichte Waffen, dann Geschütze, dann leichte Panzer, jetzt schwere Panzer.

Jeder dieser Schritte hat den Krieg verstärkt und weiter von einer Friedenslösung weg geführt.

Was kommt als Nächstes? Sehen Sie sich mein Video dazu unter folgendem Link an: <https://www.facebook.com/watch/?v=749814072790215>

[watch/?v=749814072790215](https://www.facebook.com/watch/?v=749814072790215)

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Ministerin Svenja Schulze, Ministerium für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung

- In ihrer Vorrede machte Ministerin Svenja Schulze auf die globalen Krisen aufmerksam: Klimakrise, Ukraine Krise und Covidkrise. Laut Schulze beeinflussten genannte Krisen die Sicherheit in Deutschland enorm, weshalb sie ankündigte, sog. „Soziale Sicherungssysteme“ mit tatkräftiger Unterstützung Deutschlands, beispielsweise für den globalen Süden, aufzubauen. Menschen in der Ukraine werde so aktuell über das BNZ-Sofortprogramm geholfen, usw.
- Die Argumentation ist das altbekannte Narrativ: Deutschland sei ständig in Gefahr, könne aber in einer Art Ablasshandel den Schaden von sich abwehren.
- Frage des CDU-Abgeordneten Stefinger: Wo wolle Frau Schulze im Haushalt 2024 den Rotstift in ihrem Ressort anlegen?
- Schulze: „Die Krisen in der Welt haben zugenommen...bin zuversichtlich, dass wir auch für meinen Einzelplan wieder gute Lösungen hinbekommen...“ Man könnte ihre Antwort folgendermaßen übersetzen: Da Krisen nie ausgehen, wird auch mein Ressort sicherlich niemals kleiner werden.
- Wissenswert: Im Jahr 2020 betrug die gesamte deutsche Entwicklungshilfe rund 25 Mrd. €
- Die Zwischenfrage von Prof. Michael Kaufmann, AfD, an die Ministerin bzgl. der Gegenfinanzierung eines spontanen Stipendienprogramms für 5000 afghanische Frauen über 7 Mio. € beantwortete sie nicht sachlich-fachlich, sondern lediglich mit der Hervorhebung der notwendigen humanitären Hilfe.

- Der AfD-Abgeordnete Dietmar Friedhoff legte erneut den Finger in die Wunde: Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN wurden auch von afrikanischen Staaten mitgezeichnet, mit der Maßgabe, eigene Strategien zu entwickeln. Bislang sei hier aber noch nichts geschehen und Friedhoff resümierte, dass es sich wieder einmal um ein Überstülpen von Ideologie handle, welche zu afrikanischen Staaten nicht passe.
- Stephan Brandner, AfD ging auf die immer noch laufenden Entwicklungshilfeszahlungen an China ein. Um nur eine Position hiervon zu nennen: Eine Unterstützung von 1,8 Mio. € für die Entwicklung von Mülltrennung in China.
- Ministerin Schulze stritt gegen besseres Wissen ab, dass überhaupt Zahlungen an China fließen würden und sprach stattdessen von marktkonformen Krediten der KfW.

Fragestunde mit der Parl. Staatssekretärin des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese

- Der Grundtenor blieb der gleiche: Während es zuvor um deutsche Finanzhilfen im Ausland ging, waren nun Finanzhilfen im Inland an der Reihe.
- Man darf sich fragen: Wann enden die impliziten oder expliziten Zahlungsverpflichtungen der deutschen Steuerzahler gegenüber Institutionen, Ländern oder Menschen, denen wir eigentlich nichts schulden?
- Stephan Brandner, AfD war der erste Fragesteller und Kerstin Griese führte aus: Menschen aus der Ukraine erhalten sofortigen Zugang zu den Angeboten der Jobcenter, was bedeutet, dass sie auch sofort alle Leistungen der Jobcenter erhalten. Und sie erklärte: In der Grundsicherung, heute Bürgergeld genannt, befänden sich bereits ca. 500.000 Ukrainer.
- Stephan Brandner an anderer Stelle: 11 Millionen Menschen sind seit 2015 in unser Land gekommen und es wurde staatlicherseits ja immer signalisiert, dass hier eine Menge Fachkräfte zu uns kommen würden. Wieviele Millionen müssen noch kommen, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu beenden? Diese Frage wurde genauso wenig beantwortet, wie die Frage von:
- Prof. Michael Kaufmann, AfD: Wie viele Personen aus dem Kreis der seit 2015 nach Deutschland Zugewanderten (ohne Flüchtlinge aus der Ukraine) konnten nach Kenntnis der Bundesregierung seit ihrer Einreise eine in ihrem Heimatland abgeschlossene Berufsausbildung und wie viele ein abgeschlossenes Studium nachweisen?
- Die bezeichnende Antwort lautete: Der Bundesregierung liegen im Sinne der Fragestellung keine belastbaren Erkenntnisse vor. Umfassende Angaben im Sinne der Fragestellung werden zentral nicht erfasst.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU/CSU, Thema: Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte in der Silvesternacht

- Hier waren sich Linke, Grüne und SPD wieder einig: Bei den Ausschreitungen handelte es sich um verrohte Jugendgewalt und die Taten seien zu beurteilen, nicht die Vornamen der Täter. Stimmungsmache gegen Migranten vergiftete die gesellschaftliche Stimmung im Land und wäre Nährboden für rassistische Übergriffe, so die Linke.

„Bildung im Jahr 2022“ ist der Inhalt des Nationalen Bildungsberichts und Gegenstand der folgenden Debatte

- Dr. Götz Frömming, AfD: Derer Berichte gäbe es dutzende, „jedoch allein vom Wiegen wird die Sau nicht fetter“. Die Defizite würden immer größer, was auch erkannt werde, aber es fehle das Handeln. Es gäbe Sanierungsstau an den Schulen von ca. 40 Mrd., ca. 40.000 Lehrer fehlten, auch aufgrund von mind. 200.000 mehr Schülern allein aus der Ukraine. Die Gewalt gegen Lehrer steige unaufhaltsam an. „Es braucht eine Rückkehr zu Werten, weg von Gendern und ein Ende der Zuwanderung aus bildungsfernen Schichten“, so Götz Frömming.

Antrag der CDU/CSU (20/5215), Thema: Steigerung des Selbstversorgungsgrades in der deutschen Landwirtschaft

- Ein auf den ersten Blick bestechender Antrag, handelte es sich doch hauptsächlich um lupenreine AfD-Forderungen aus den letzten Monaten. Der Antrag liegt tatsächlich im Interesse des deutschen Berufsstandes, und wird mit großer Sicherheit aus dieser Richtung kritisch verfolgt werden.
- Das ebenfalls für diese Woche angesetzte Thema Freihandelsabkommen Mercosur wurde von der TO des Bundestags abgesetzt, womöglich um die eigene Klientel nicht doch noch zu vergraulen.
- Ganz am Rande drängt der Antrag auch auf Angleichung der deutschen Agrarwirtschaft an globale Konzerninteressen, denn er fordert auf eine zeitnahe Novellierung des europäischen Gentechnikrechtes hinzuwirken und in diesem Rahmen einen innovationsfreundlichen europäischen Rechtsrahmen für neue Züchtungsmethoden zu schaffen.
- Der Antrag wurde nach Debatte an den Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft überwiesen.

Donnerstag

Sitzungsbeginn: Vereidigung des neuen Verteidigungsministers, Nachfolger von Christine Lambrecht: Boris Pistorius, SPD

- Der neue Minister schloss seinen Eid ohne das traditionelle Bekenntnis: „So wahr mir Gott helfe“



Forderung der Union: Dr.-Nr. 20/5219: Mehr schwere Waffen für die Ukraine

- Dies ist die nächste Eskalationsstufe der Merz'schen Kriegstreiberei, die wir bereits in den vergangenen Monaten im Plenum erleben mussten. Zuerst lieferte Deutschland Helme und Ausrüstung, dann gab es den sog. Ringtausch, und nun sollen die 100 Mrd. „Sondervermögen“ (ein Etikettenschwindel in sich) genutzt werden, um schwere Waffen direkt ins Auge des Hurrikans zu liefern.
- Petr Bystron, AfD, entlarvte die transatlantischen Hintergründe des CDU-Antrags, der die Forderungen der NATO und der US-Botschaft erfülle. Ironisch fügte er hinzu: „Na, Herr Merz, bei Blackrock knallen jetzt wohl die Sektkorken?“
- Es folgte Überweisung in den Verteidigungsausschuss.

Gemeinsamer Antrag: Koalition & CDU: Nr. 20/5229 „Anerkennung der Verbrechen des IS an den Jesiden im Irak“

- Der Antrag fand allgemeines Zustimmung.
- Martinichert, AfD, erinnerte daran, dass die AfD bereits vor Monaten die identische Forderung ins Plenum gebracht hatte. Damals wollte man davon nichts wissen...Die nun als Völkermörder anerkannten Kriegsverbrecher sind hingegen während der letzten Jahre ungehindert zu uns ins Land geströmt. Schöne Worte und Versagen der Bundesregierungen auf der ganzen Linie!

Aufstellung der AfD-Kandidaten zu den per GO allen Fraktionen zustehenden und enorm wichtigen Ämtern des Vizepräsidenten und des Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums

- Wieder einmal verweigerte der Block aus Koalition und Opposition der AfD die demokratische Teilhabe.

Grundsatzbeschluss der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 in Form der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)

- Der Grundsatzbeschluss wurde nach Debatte den Ausschüssen zugeleitet.
- Dr. Rainer Kraft, AfD, fand für die Nachhaltigkeitsstrategie den passenden Begriff: Planwirtschaft im Dienste des Klimasozialismus.

Das nächste Thema im Plenum: Die erschreckenden Vorgänge im Land des extremen schiitischen Mullahregimes (Iran)

- Die CDU forderte erneut ein umfassendes Sanktionspaket (Dr.-Nr. 20/5214), und mittlerweile wissen wir in Deutschland, dass man mit Sanktionen nur die eigene Wirtschaft schädigt.
- Schon in KW 50/22 hatte die CDU mit Antrag 20/3930 harte Sanktionen gefordert, welcher jedoch im Ausschuss abgelehnt worden war und somit im Plenum ein „Rohrkrepierer“ war.
- Der neue Antrag schaffte es nach der Debatte in den Auswärtigen Ausschuss zur Beratung.

Antrag 20/4886 der CDU, Thema: Das Syndrom „Chronische Müdigkeit“, also ME/CFS

- Obwohl bereits im Jahr 1969 von der WHO als neurologische Krankheit anerkannt, hat sich in der Forschung und Behandlung seither wenig getan, denn es gibt keine eindeutigen Biomarker, die mittels Testverfahren eine Diagnose bestätigen könnten. Auslöser sind zu 80% virale Infektionen, die der Körper entweder auf Dauer nicht in den Griff bekommt, oder die zeitlich versetzt erneut entflammen können. Naturheilkundlich Erfahrene würden sich hier an das Zitat von Antoine Bechamp erinnern, französischer Arzt und Chemiker: die Mikrobe ist nichts, das Milieu ist alles. Mit anderen Worten: egal ob man das Pfeiffersche Drüsenfieber bekommt, oder Corona, oder die Grippe, wenn die Abwehrkräfte stark genug sind, können Angriffe auf das Immunsystem z.B. durch erneute oder wiederholte Reaktivierung von schlummernden Viren abgewehrt werden. Es kann daher sicherlich niemals eine einzige Pille zur Heilung geben.
- Der CDU-Antrag beinhaltet eine lange Liste an Forderungen nach entsprechenden Finanzmitteln, die eine gesamte Industrie rund um ME/CFS aktivieren könnten.
- Es erfolgte Überweisung an den Gesundheitsausschuss.

AfD-Antrag Nr. 20/466: „Ungerechtfertigte Steuervorteile für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten abschaffen“

- Der Antrag sah vor, den steuerlichen Wettbewerbsvorteil der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender gegenüber den Privatbetreibern, wenn nicht aufzuheben, so doch zu reduzieren. Schon der Bundesrechnungshof hatte moniert, dass Private alle Erträge versteuern müssen und es bei den ÖR nur eine sog. Pauschalierungsregelung gibt, bei welcher nur 16% der Werbeeinnahmen der Körperschaftsteuer unterliegen. Eine Anhebung der Pauschale um 2,5% wäre notwendig.
- Der Antrag wurde direkt abgelehnt.



Antrag der LINKEN 20/2336: Sog. Stellungnahme zu einer geplanten EU-Verordnung zum Thema Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

- Der Bundestag kann in EU-Beratungen gem. Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes an der EU-Gesetzgebung mitwirken, indem mittels Mehrheit im Bundestag Änderungswünsche verabschiedet werden, welche für die Verhandlungen mit der Kommission für die Bundesregierung zu berücksichtigen sind.
- Prinzipiell waren sich hier AfD und Linke einig, denn von beiden wurde das von „big brother“ beabsichtigte anlasslose Scannen von Telefonleitungen und Rechnern fast wie eine digitale Hausdurchsuchung beurteilt. Die EU-VO könne für eine digitale Ausforschung der EU-Bürger genutzt werden. Trotzdem gingen die Forderungen des Linken-Antrags der AfD nicht weit genug.
- Somit scheiterte der Antrag am Votum von allen anderen Fraktionen.

Freitag

Diskussion des Bundestags über die geplante Fachkräftestrategie der Bundesregierung, über die der Bundestag mittels Unterrichtung (20/3990) informiert wurde.

- Trotz nun mittlerweile einer Rekordzahl von 45 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland, fehlen die Fachkräfte nicht nur, die Anzahl scheint sogar immer weiter zu sinken Denn während uns die Zuwanderung von Ausländern zwischen 2012 und 2021 rund 13 Mio. neue Menschen beschert hat, sinkt das Bildungsniveau quasi spiegelverkehrt rapide ab:
- Schulleistungsstudien wie PISA oder die IQB-Studie vom Okt. 2022 (z.B. erreichen in Mathematik nur 54% der 4.-Klässler das Mindestniveau, beim Lesen sind es ca. 57%), sie alle bescheinigen Deutschland ein massives Absinken im internationalen Vergleich.
- Im Sinne der unausgesprochenen Devise der aktiven und vorherigen Bundesregierungen, wo langfristig Flüchtling = Einwanderer bedeutet, verwundert das wenig.
- Und entgegen dem jedermann bekannten Mantra dieser Regierungen: „Es kommen größtenteils Fachkräfte zu uns“, ist das Gegenteil der Fall, wie die Antwort auf die mündliche Frage des Abg. Michael Kaufmann am Mittwoch in der Fragestunde untermauerte.
- Da man in der Regierung nun tatsächlich zu erkennen scheint, dass der Dachstuhl brennt, betonte Minister Hubertus Heil auch, dass man sich vor allem auf das inländische und vorhandene Potenzial konzentrieren wolle, das es (wo auch immer) zu heben gelte.

Aktuellen Stunde auf Antrag der AfD: Gewaltsame Proteste gegen den Abriss des Dorfes Lützerath für den Braunkohlebergbau.

- Karsten Hilde, AfD warf den Grünen Heuchelei vor, im Bundestag für den Abriss der letzten Häuser gestimmt zu haben und dann zu den Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen gefahren zu sein

VERMISCHTES



19. Januar 22

EU-Beschluss: Hausgrillen als Lebensmittel zugelassen

Die EU hat beschlossen : Jetzt werden Hausgrillen (Heimchen) als neuartiges Lebensmittel zugelassen .

Ab dem 24.01.2023 können Sie diese als Beimischung in verschiedenen Produkten finden: Mehrkornbrot, Getreideriegel, Vormischungen für Backwaren, Teigwaren, Soßen, Molkenpulver, Schokoladenerzeugnisse, Snacks, Bierähnliche Getränke, Suppen, Fleischanalogue, ect.

Schauen Sie bei Ihrem nächsten Einkauf genauer auf die Zutatenliste oder vertrauen Sie dem regionalen Handwerksbetrieb, der sich auf Ihren Einkauf freut.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A32023R0005>

WAHLKREIS



Vielen Dank für die Einladung des AfD-Gebietsverbands Saalfeld-Rudolstadt zum Bürgerabend mit Silvia Limmer, MdEP.



KOMMENDE TERMINE:

KEINE WAFFEN-LIEFERUNGEN
KUNDGEBUNG
THÜRINGER LANDTAG
ERFURT
1. FEBRUAR 18⁰⁰ UHR
Veranstalter ist die AfD-Thüringen

**Wir feiern: Drei Jahre
Bürgerbüro Saalfeld!**

FEBRUAR 02
BRUDERGASSE 6
17 UHR - 20 UHR

Um Anmeldung wird gebeten:
Tel.: 03671 5 23 23 48
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

BÜRGERDIALOG VOR ORT

MIT: Christine Anderson, MdEP
& Prof. Michael Kaufmann, MdB

FEBRUAR 3
07381 PÖBNECK
BILKESAAI - KLOSTERPL. 1
BEGINN: 18³⁰ UHR

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros

KAHLA
Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Di.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

NEUSTADT / ORLA
Puschkinplatz 6
Tel.: 036481 84 69 64
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

SAALFELD
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

@AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

@KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

